Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr.85/28.04.2017

Liebe Leserinnen und Leser,

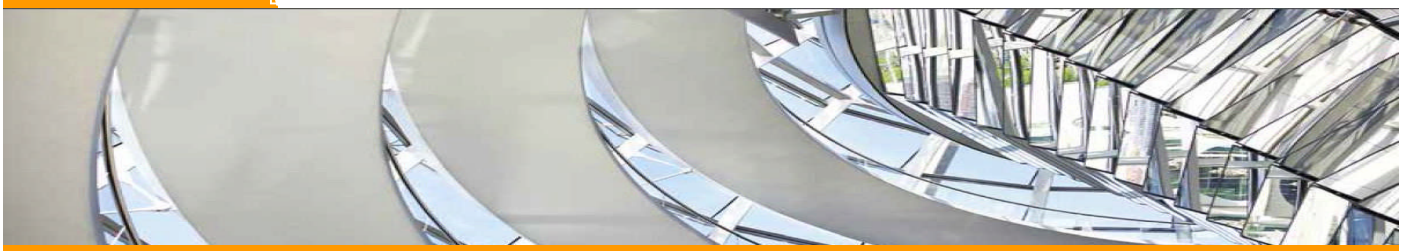
diese Woche rückte Berlin in den Fokus der globalen Aufmerksamkeit. Im Vorfeld des G20-Gipfels in Hamburg fand das WOMEN20-Treffen unter dem Vorsitz von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel als amtierende G20-Präsidentin statt. 400 Expertinnen aus aller Welt diskutierten zu zentralen entwicklungs- und frauenspezifischen Themen.

Den Höhepunkt bildete das prominente Podium zur Teilhabe von Frauen in der Arbeitswelt mit der Bundeskanzlerin, Königin Máxima der Niederlande, IWF-Direktorin Christine Lagarde sowie Ivanka Trump, Tochter und Beraterin des US -Präsidenten. Trotz unterschiedlicher Biografien war man sich über den wichtigsten Handlungsschwerpunkt einig: Die wirtschaftliche Stärkung von Frauen sollten fortschrittliche Industrienationen, aufstrebende Schwellenländer und Entwicklungsländer gleichermaßen verfolgen. Eine stärkere wirtschaftliche Beteiligung von Frauen kann maßgeblich dazu beitragen, den Wohlstand einer Gesellschaft zu fördern und nachhaltiges Wachstum zu erzeugen.

Die Bundeskanzlerin machte deutlich, dass berufstätige Frauen oder Gründerinnen mehr internationale Unterstützung benötigen. So müsse die Kluft zwischen Frauen und Männern bei der Erwerbsquote und Entlohnung verringert, mehr Zugang für Frauen und Mädchen zu Bildung sowie die Teilhabe an der Digitalisierung ermöglicht werden. Unter anderem wurde auch die Errichtung eines Fonds vorgeschlagen, der Frauen in armen Ländern einen besseren Zugang zu Krediten verschafft und die Entwicklung kleiner und mittelständischer Unternehmen erlaubt. Auch brauche es mehr Anreize, um Frauen für technische Berufe zu gewinnen. Letztlich steckt im weiblichen Unternehmertum ein beachtliches Potenzial um die Weltwirtschaft fairer, gerechter und für Entwicklungs- und Industrieländer gleichermaßen attraktiv zu gestalten.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre

Annette Widmann-Mauz



Impressum
Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/ 227 –77217
Telefax: 030/ 227—76749
annette.widmann-mauz@bundestag.de

CDU

Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr. 85/28.04.2017

Aktuelles

Regierungserklärung – EU ist eine Erfolgsgeschichte!

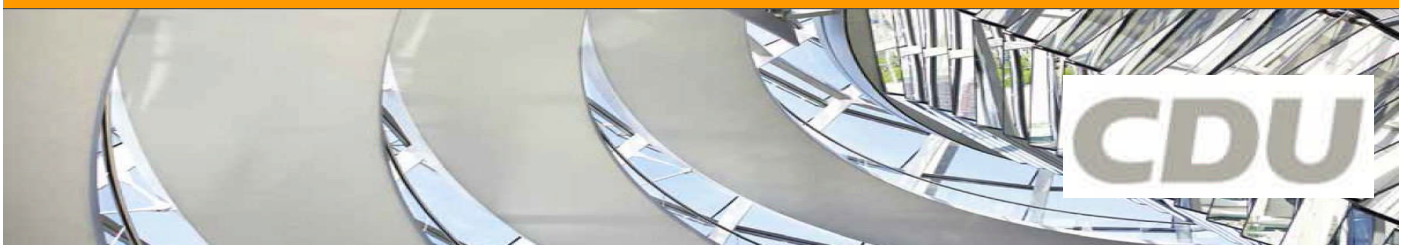
Am Donnerstag der aktuellen Sitzungswoche im Deutschen Bundestag gab Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB eine Regierungserklärung ab. Dabei ging sie besonders auf das Thema Brexit ein und sprach zu den aktuellen Entwicklungen in der Türkei.

Die Interessen der europäischen Bürgerinnen und Bürger stehen bei den Brexit-Verhandlungen für die Bundesregierung ganz klar im Mittelpunkt. Es sei eine große Herausforderung für die verbliebenen 27 EU-Staaten (EU-27), die in den 44 Jahren Mitgliedschaft Großbritanniens abgeschlossenen Verträge zu entflechten. Mittlerweile bestehe im Kreis der 27 Mitgliedstaaten und der europäischen Institutionen ein großes Einvernehmen über eine gemeinsame Verhandlungslinie gegenüber Großbritannien. Es gelte nun, ein starkes Signal im Sinne der Geschlossenheit zu setzen.

Am morgigen Samstag, den 29. April 2017 wird der Europäische Rat über die Verhandlungen zum Austritt Großbritanniens aus der EU beraten. Im Fokus der Zusammenkunft liegt der Beschluss einheitlicher Verhandlungslinien. Darauf aufbauend wird die EU-Kommission einen entsprechenden Entwurf für ein Verhandlungsmandat vorlegen. Der bisherige Prozess zeigt: Die EU-27 sind auf die bevorstehenden Verhandlungen mit Großbritannien gut vorbereitet und in ihrem Vorgehen geschlossen.

Für die Bundesregierung bleibt das Zukunftsthema der Europäischen Union der wichtigste Punkt in den Verhandlungen. So müssen etwa für die 100.000 in Großbritannien lebenden Deutschen vor allem Klarheit und Planungssicherheit geschaffen werden. Auch die Stärkung des Zusammenhalts ist ein zentrales Anliegen der Bundesregierung. So seien 60 Jahre EU eine einmalige Erfolgsgeschichte, die es unbedingt gelte weiter fortzusetzen. Zudem sei es nun an Großbritannien, seine Vorstellungen über die zukünftigen Beziehungen zur EU klarzustellen.

Die Bundeskanzlerin fand in ihrer Regierungserklärung auch klare Worte gegenüber der Türkei und warnte vor einem Bruch zwischen der Türkei und Europa. Dies wäre weder im deutschen noch im europäischen Interesse.



Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr. 85/28.04.2017

Aktuelles

Festakt zum 50. Todestag von Konrad Adenauer

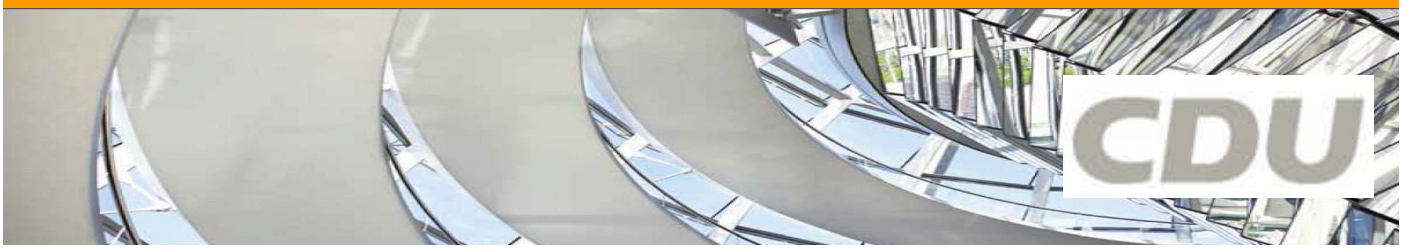
Die Konrad-Adenauer-Stiftung lud diesen Dienstag zum Festakt anlässlich des 50. Todestages von Konrad Adenauer in den Schlüterhof im Deutschen Historischen Museum in Berlin ein. Auch die Parl. Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB nahm an diesem denkwürdigen Abend teil.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB würdigte ihren vor 50 Jahren gestorbenen Amtsvorgänger Konrad Adenauer als einen großen Staatsmann, der Deutschland mit Weitsicht und Geschick nach dem Scheitern der Weimarer Republik und dem Schrecken des Nationalsozialismus wieder Perspektive und Halt gegeben habe. Vor über 600 Gästen, darunter Elisabeth Werhahn-Adenauer, die Tochter Adenauers, sagte sie: „Wir verneigen uns in großer Dankbarkeit vor Konrad Adenauer.“ Merkel betonte, Adenauers Wirken sei auch ein Auftrag in den aktuellen unruhigen und schwierigen Zeiten. „Es gibt etwas zu verteidigen“, so die Bundeskanzlerin. Man dürfe nicht vergessen, wie hart und unter welchen Bedingungen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung erkämpft worden sei.

Die Kanzlerin hob unter anderem Konrad Adenauers innen- und außenpolitische Weichenstellungen hervor: die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft, die Aussöhnung mit Israel, die Versöhnung mit Frankreich sowie den Kurs der Westbindung mit der europäischen Integration und der transatlantischen Partnerschaft. Adenauers Traum eines freien und einigen Deutschlands in der westlichen Staatengemeinschaft sei „in der Generation seiner Enkel Wirklichkeit geworden“

(Foto: Konrad-Adenauer-Stiftung
Parl. Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB, Prof. Dr. Rita Süssmuth mit Elisabeth „Libet“ Werhahn-Adenauer)

(Foto: Konrad-Adenauer-Stiftung)



Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr. 85/28.04.2017

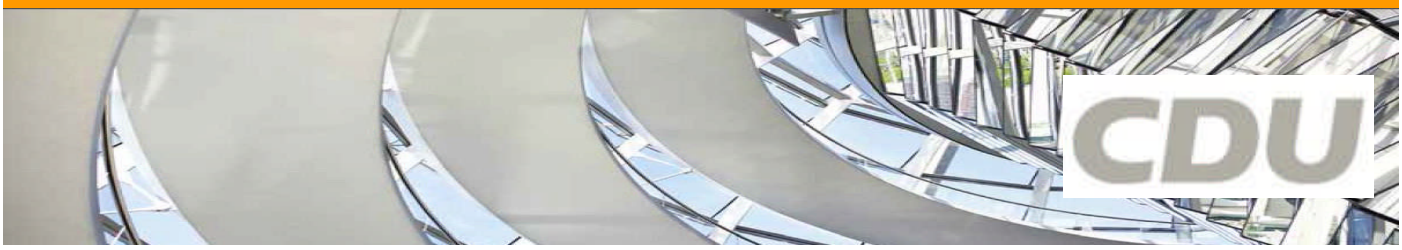
Aktuelles

Veranstaltung mit Dr. Norbert Röttgen MdB in Tübingen

Unter dem Titel „Welt im Wandel – Herausforderungen für Deutschland und Europa“ wird die Parlamentarische Staatssekretärin und Bundestagsabgeordnete Annette Widmann-Mauz in den kommenden Monaten zu verschiedenen Podien und Diskussionsrunden in ihrem Wahlkreis einladen. Den Auftakt bildet ein Vortrag mit anschließender Diskussion zu den Auswirkungen des Präsidentenwechsels in den Vereinigten Staaten von Amerika und damit verbundenen Konsequenzen für Deutschland. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen zu:

„America first – wohin steuern die USA?“
mit Dr. Norbert Röttgen MdB,
Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses
im Deutschen Bundestag,
am Freitag, 05. Mai 2017, 18.00 Uhr
(Einlass 17.30 Uhr)
in der Club-Lounge im Hotel Krone,
Uhlandstraße 1, 72072 Tübingen.

Annette Widmann-Mauz MdB: „Seit Januar 2017 ist Donald Trump nun offiziell der 45. Präsident der USA. Bürger als auch Politik tun sich noch schwer mit einer abschließenden Einschätzung der politischen Ziele und Absichten Donald Trumps. Deutschland und die USA verbindet eine lange Freundschaft. Die USA stellen auch den größten Exportmarkt für die deutsche Wirtschaft. Trumps Kurs „Make America great again“ stellt Europa vor neue Herausforderungen. Welche wirtschaftspolitischen Konsequenzen ergeben sich aus dem angekündigten protektionistischen Kurs? Und: Wie wirken sich die neuen Prämissen der US-Regierung auf die deutsch-amerikanische Sicherheitspartnerschaft und die Zukunft der NATO aus? Ich freue mich, dass ich den ausgewiesenen USA-Experten Dr. Norbert Röttgen MdB gewinnen konnte, diese und andere Fragen zu diskutieren. Er ist zentraler Ansprechpartner und Insider, wenn es um Fragen zur amerikanischen Außenpolitik geht. Als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Deutschen Bundestag reiste er seit den Wahlen im vergangenen November mehrmals in die USA und steht in direktem Kontakt mit dem Team des US-Präsidenten. Er liefert also Einschätzungen und Analysen aus erster Hand. Gemeinsam mit ihm möchte ich einen Ausblick auf die Zukunft der transatlantischen Partnerschaft wagen.“



Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr. 85/28.04.2017

Aktuelles

Women20-Dialogforum anlässlich der G20 Präsidentschaft in Berlin

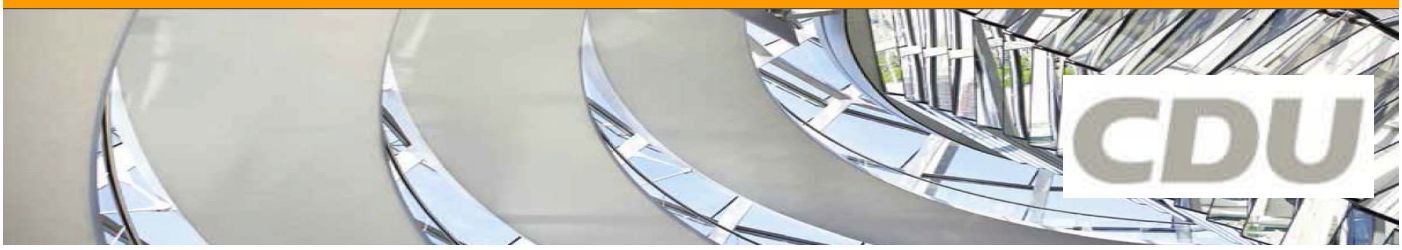
Beim Women20 Summit 2017 im Rahmen des G20-Gipfels in Hamburg trafen sich Frauen der teilnehmenden Staaten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft. Gemeinsam diskutierten sie zum Thema der gleichberechtigten Teilhabe der Frau in der Gesellschaft. Auch die Bundesvorsitzende der Frauen Union und Parl. Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB nahm an diesem wichtigen Diaolgforum teil.

(Foto: Parl. Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB und Rosely Schweizer)

G20 GERMANY 2017
HAMBURG

(Foto: Podiumsgespräch u. a. mit der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB, Königin Máxima der Niederlande, IWF-Direktorin Christine Lagarde sowie Ivanka Trump)

(Foto: BMZ
Abschlußbild mit der Bundeskanzlerin und den Teilnehmerinnen des W20 Summit 2017)



Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr. 85/28.04.2017

Aktuelles

Junger Unternehmer zu Gast im Bundestag

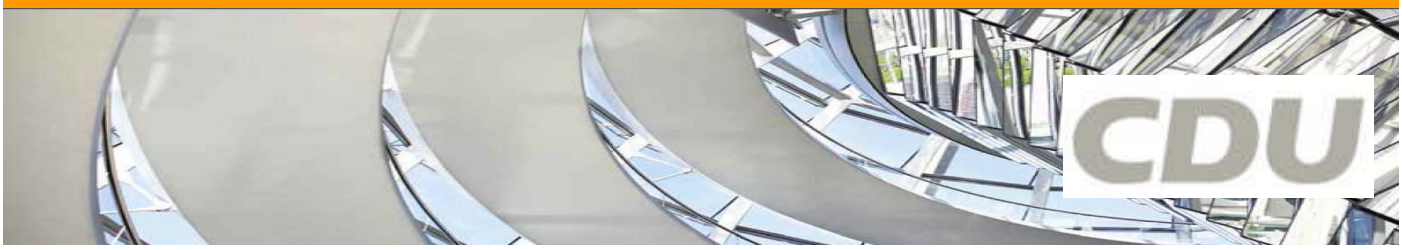
Politik triff Wirtschaft – das ist das Ziel des Know-how-Transfers, einer Projektwoche der Wirtschaftsjunioren Deutschland, an der auch Annette Widmann-Mauz MdB teilgenommen hat. Eine Woche lang begleitete Stefan Petrov die Bundestagsabgeordnete, um einen Einblick in den Berliner Politikbetrieb zu erhalten. „Es ist wichtig, dass Politik und Wirtschaft in Dialog treten“, sagt Widmann-Mauz. „Nur so können wir uns darüber austauschen, welche Auswirkungen politische Entscheidungen für das einzelne Unternehmen haben.“ Gleichzeitig wachse das Verständnis für die Anliegen der „anderen Seite“. „Deshalb bin ich froh, dass die Wirtschaftsjunioren diesen Austausch organisieren – und dass die jungen Unternehmer sich die Zeit nehmen, uns in Berlin über die Schulter zu schauen“, so Widmann-Mauz weiter.

(Foto: Parl. Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB mit Wirtschaftsjunior Stefan Petrov)

Vom 24. bis 28. April besuchte der Leonberger Unternehmer Stefan Petrov verschiedene Termine und Veranstaltungen, so z. B. auch bei der Bundespressekonferenz. Insgesamt nehmen 205 junge Unternehmer und Führungskräfte aus ganz Deutschland teil. Auf dem Programm der Teilnehmer standen außerdem Diskussionsrunden mit Politikern und Fraktionsspitzen.

Stefan Petrov ist seit 2000 in der Immobilienbranche tätig und hat 2016 sein eigenes Unternehmen Immokap GmbH und Co. KG in Leonberg gegründet. Besonders wichtig war ihm der Austausch zu den Bedürfnissen eines Unternehmers mit der Politik.

Die Wirtschaftsjunioren Deutschland (WJD) bilden mit mehr als 10.000 Mitgliedern aus allen Bereichen der Wirtschaft den größten deutschen Verband von jungen Unternehmern und Führungskräften. Bei einer Wirtschaftskraft von mehr als 120 Mrd. Euro Umsatz verantworten sie rund 300.000 Arbeits- und 35.000 Ausbildungsplätze. Seit 1958 sind die Wirtschaftsjunioren Deutschland Mitglied der mehr als 100 Nationalverbände umfassenden Junior Chamber International (JCI).



Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr. 85/28.04.2017

Aktuelles

Steuerklasse V faktisch vom Tisch

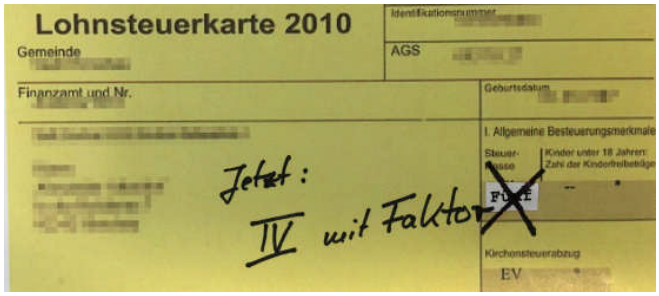
„Etwas versteckt hinter dem Wortungetüm ‚Steuerbekämpfungsumgehungsgesetz' ist heute ein weiterer bedeutender Schritt zur Stärkung der finanziellen Situation von Frauen gelungen. Auf Initiative der Frauen Union wird Ehegatten der Wechsel der Steuerklasse erleichtert. Der Wechsel von der Steuerklassenkombination III/V zurück zu den Steuerklassen IV/IV ist künftig bereits auf Antrag nur eines Ehegatten möglich. Die hohen monatlichen steuerlichen Abzüge in der Steuerklasse V können so der Vergangenheit angehören. Die hohen Abzüge stellten bis dato eine starke Motivationsbremse für die Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung dar und erschwerten dadurch die Rückkehr aus Teilzeit in Vollzeit. Das ist auch ein Beitrag zur Bekämpfung des Fachkräftemangels und stärkt die eigenständige soziale Absicherung von Frauen", erklärt Annette Widmann-Mauz, Vorsitzende der Frauen Union der CDU Deutschlands anlässlich der Verabschiedung des Steuerumgehungsbekämpfungsgesetzes im Deutschen Bundestag.

Auch Lohnersatzleistungen wie Arbeitslosengeld, Krankengeld oder Elterngeld können so für Frauen zukünftig höher ausfallen. Denn diese Leistungen bemessen sich am letzten Nettogehalt. Haben die Ehepartner vorher nicht rechtzeitig die Steuerklasse gewechselt, müssen Frauen darüber hinaus hohe Einbußen hinnehmen.

Noch fairer ist die Steuerklassenkombination IV/IV mit Faktor. Die Besteuerung für jeden Ehepartner ist dann schon bei den laufenden Gehaltszahlungen zutreffender.

Annette Widmann-Mauz: „Mit der Umsetzung des zweijährigen Beantragungszeitraums der Steuerklasse IV mit Faktorverfahren im elektronischen Lohnsteuerverfahren schaffen wir eine echte Bürokratieerleichterung. Davon profitieren alle, die das Faktorverfahren schon heute nutzen. Für alle anderen Ehepartner wird das Faktorverfahren so noch attraktiver. Ab dem Veranlagungszeitraum 2019 gilt diese Regelung. Wir wollen, dass das Faktorverfahren beim Lohnsteuerabzug zur Regel wird. Damit wird deutlicher, was Frauen zum Familieneinkommen beitragen."

Hintergrund:
Bei der Wahl der Steuerklassenkombination IV/IV mit Faktor errechnet das Finanzamt einen Faktor, der die steuermindernde Wirkung des Splittingverfahrens beim Lohnsteuerabzug berücksichtigt. Der Vorteil des Ehegattensplittings wird so bei jeder Gehaltsabrechnung und somit auch die Lohnsteuerbelastung fair und gleichberechtigt zwischen den Ehepartnern verteilt.



Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr. 85/28.04.2017

Aktuelles

Veranstaltung mit der Konrad-Adenauer-Stiftung in Tübingen

Unter dem Titel **„Welt im Wandel – Herausforderungen für Deutschland und Europa“** lädt die Parlamentarische Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB Sie in den kommenden Monaten zu interessanten Podien und Diskussionsrunden ein.

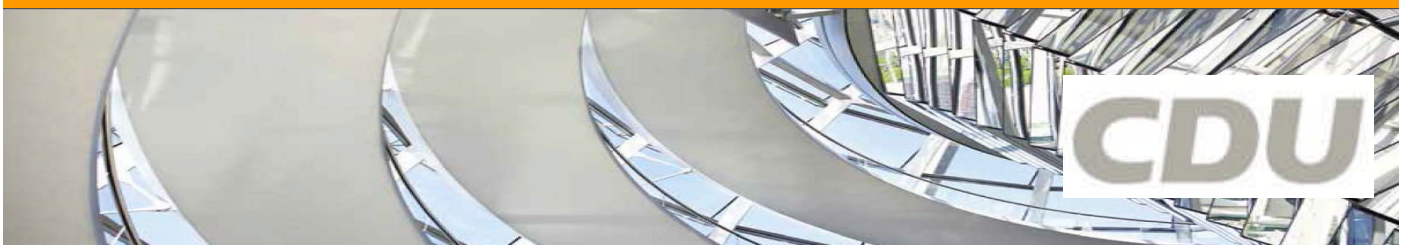
„Ohne Russland geht es nicht“ lautet einer der häufigsten Sätze, wenn es um Fragen der europäischen Stabilitäts- und Sicherheitspolitik geht. Zugleich haben sich Russland und die EU politisch weit voneinander entfernt. Ebenso weit gehen die Meinungen über die Rolle des russischen Präsidenten Wladimir Putin in Deutschland auseinander. Klar ist jedoch, dass die Konfliktfelder mit dem großen Nachbarn rapide zugenommen haben. Seit der Krim-Annexion befindet sich die Ostukraine in einem immer wieder aufflammenden Kriegszustand.

Die NATO sieht sich im Baltikum direkt herausgefordert. Zeitgleich führt russisches Militär einen Stellvertreterkrieg in Syrien. In Russland selbst demonstrieren junge Menschen verstärkt gegen das politische System, während im Westen das Unbehagen darüber wächst, wie weit der Arm des Kremls in staatliche und mediale Strukturen reicht. Nicht nur sicherheitspolitisch, auch ökonomisch sind die Beziehungen zum russischen Rohstoffriesen frostig. Über Sinn und Nutzen der bestehenden Sanktionen wird kontrovers diskutiert sowie über neue Wege zur Verständigung und Deeskalation.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung nimmt dies zum Anlass, um mit dem Russland-Kenner und Journalisten Boris Reitschuster und der Parl. Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB über Deutschlands und Europas Rolle im Umgang mit Russland zu erörtern. Sie und Ihre Begleitung sind herzlich eingeladen zur Diskussionsveranstaltung:

„HERAUSFORDERUNG RUSSLAND“
am 9. Mai 2017, 19 Uhr
in der Aula der Mensa Uhlandstraße,
Universität Tübingen.

Anmeldung:
http://www.kas.de/bw/de/events/72820/



Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr. 85/28.04.2017

Aktuelles

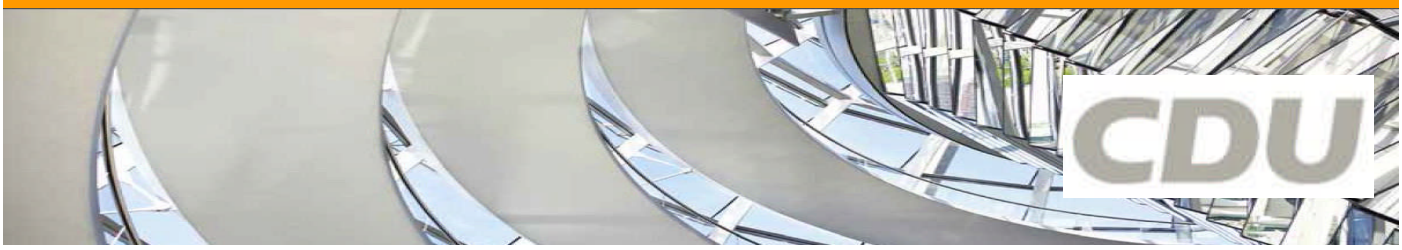
Kriminalität steigt etwas, Einbruchszahlen sinken

Die in dieser Woche von Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière vorgestellte Polizeiliche Kriminalstatistik 2016 offenbart, dass die Anzahl der Straftaten gegenüber dem Vorjahr auf 6,373 Mio. gestiegen ist, dies bedeutet einen leichten Anstieg um 0,7 %. Die Aufklärungsquote ist konstant geblieben bei 56,2 %. Traditionell besonders hoch lag die Aufklärungsquote bei Tötungsdelikten mit 94,6 %. Bei allen Straftaten wurden etwa 2,360 Millionen Tatverdächtige ermittelt, davon waren 953.744 Ausländer. Rechnet man die ausländerrechtlichen Verstöße heraus, ergeben sich 616.230 nicht-deutsche Tatverdächtige bei 2,022 Mio. Gesamttatverdächtigen; dies entspricht einem Anteil von 30,4 % ausländischer Tatverdächtiger. Zum Vergleich: Der Anteil von Ausländern an der Gesamtbevölkerung betrug zum 31.12.2015 rund 10,5 Prozent.

Daten & Fakten

In einzelnen Deliktsbereichen gibt es günstige Entwicklungen: So sind die Einbruchszahlen um 9,5 % auf 151.265 Fälle gesunken und erreichen damit etwa das Niveau des Jahres 2014, das seinerzeit einen Höchstwert seit 10 Jahren darstellte. Der Anteil der versuchten Einbrüche (von allen Einbrüchen) erreicht mit 44 % einen neuen Höchststand. Das zeigt, dass sich Prävention lohnt und mit dem eingeführten KfW-Förderprogramm für Sicherheitsmaßnahmen, wie sichere Fenster und Türen, richtig ist. Bei den Einbrüchen gibt es große regionale Unterschiede: Das Risiko, Opfer eines Einbruchs zu werden, ist in NRW und Schleswig-Holstein etwa fünfmal so groß wie in Bayern. Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein haben die schlechtesten Zahlen von allen Flächenländern, wenn man die Einbrüche in Relation zur Bevölkerung setzt. Auch gesunken ist die Anzahl der Ladendiebstähle, nämlich um 3,3 % auf 378.448 Fälle.
Dagegen ist die Anzahl der Gewaltdelikte um 6,7 % auf 193.542 ebenso gestiegen wie Straftaten gegen das Waffengesetz (um 14,8% auf 34.443 Fälle). Rauschgiftdelikte legten um 7,1 % zu - auf 302.594 Fälle.

(Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik 2016)

www.facebook.com/widmannmauz

www.twitter.com/AWidmannMauz